

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1928**

242 (16.10.1928) Sozialistisches Jungvolk

# Sozialistisches Jungvolk

Nummer 242 / 48. Jahrgang

Beilage des Volksfreund

Karlsruhe, 16. Oktober 1928

## Die Lohnbewegung

Im Vordergrund der gewerkschaftlichen Aufgaben steht die Lohnbewegung. In den letzten Wochen sieht man es wieder täglich in den Zeitungen, die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, die Brauereiarbeiter, die Straßenbahner, die Bergarbeiter oder sonst eine Gruppe von Arbeitern machen eine Lohnbewegung. Was heißt das? Natürlich eine Bemühung um Erhöhung des Lohnes. Doch nicht ist die Frage noch nicht geklärt. Unter Lohnbewegung versteht man heute nicht die Bemühungen eines einzelnen Arbeiters, Erhöhung seines Einkommens, sondern die gemeinsamen Bemühungen der Arbeiter, vertreten durch die Gewerkschaften, auf gesetzlicher Grundlage eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Wie geht die Sache praktisch vor sich? Ein Tarifvertrag zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern wird abgeschlossen. In dem Vertrag werden neue Forderungen eingetragt. Ueber diese Forderungen finden zunächst Verhandlungen zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und den Vertretern der Unternehmer statt. Die Vertreter der Gewerkschaften begründen die höhere Lohnforderung oder die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit. Selbstverständlich gehört zur Begründung einer Lohnforderung oder einer Arbeitszeitverkürzung eine genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Betrieben.

Auf der anderen Seite müssen die Unternehmervertreter darlegen, daß die Geschäftslage keine gute sei, oder daß starke Verschärfung bald in Aussicht stünde. Sie versuchen nachzuweisen, wenn die neuen Forderungen erfüllt werden müßten, die Konkurrenzfähigkeit der in Betracht kommenden Industrie in Frage zu stellen.

Aus dem Sinn und der der Verhandlungen, die oft sehr lange dauern, geht es den Arbeitern zu, daß sie sich unter allen Umständen abgeben werden. Im ersten Schritt wird sich herausstellen, wie hoch die Zugeständnisse sind. Die Arbeitgeberseite wird prüfen, ob sie mit den Zugeständnissen der Arbeiter zufrieden sein kann. Es ist möglich, daß, falls beide Seiten zufrieden sind, ein neuer Vertrag sofort abgeschlossen wird. Geht die Vollmacht der Unternehmerseite nicht, so wird die Arbeitgeberseite nicht auf die Zustimmung ihrer Instanzen warten, sondern lediglich das Verhandlungsergebnis feststellen, und beide Parteien behalten sich bis zu einem bestimmten Termin eine definitive Erklärung vor.

Unabhängig von den Verhandlungen der Gewerkschaftsvertreter der Funktionäre oder Mitglieder versammlung und stellen die Meinungen der Mitglieder fest.

Im anderen Falle werden die Arbeiter sich natürlich mit dem Ergebnis nicht zufrieden geben. Sie werden entweder zunächst die Arbeitgeberseite anrufen, um einen Schiedsspruch zu veranlassen, den sie verständlich auch im unangünstigen Falle ablehnen können, beschließen den Streik. Ein Streik wird aber nur dann beschließen, wenn sich alle Möglichkeiten zu einer anderen Regelung haben, denn selbst wenn der Kampf glücklicherweise ausbleibt, so ist doch ein großer Opfer der Arbeiter und ihrer Familienangehörigen zu leisten.

Eine wesentliche Voraussetzung einer Lohnbewegung ist ein Organisationsverständnis der Arbeiter. Wir haben in der letzten Zeit mehrere Beispiele dafür gehabt, wie unter einer solchen Bewegung ausbleibt. Die Berliner Holzarbeiter haben, wenn sie alle Möglichkeiten zu einer anderen Regelung haben, einen neuen Vertrag sofort abgeschlossen. Geht die Vollmacht der Unternehmerseite nicht, so wird die Arbeitgeberseite nicht auf die Zustimmung ihrer Instanzen warten, sondern lediglich das Verhandlungsergebnis feststellen, und beide Parteien behalten sich bis zu einem bestimmten Termin eine definitive Erklärung vor.

Unabhängig von den Verhandlungen der Gewerkschaftsvertreter der Funktionäre oder Mitglieder versammlung und stellen die Meinungen der Mitglieder fest. Im anderen Falle werden die Arbeiter sich natürlich mit dem Ergebnis nicht zufrieden geben. Sie werden entweder zunächst die Arbeitgeberseite anrufen, um einen Schiedsspruch zu veranlassen, den sie verständlich auch im unangünstigen Falle ablehnen können, beschließen den Streik. Ein Streik wird aber nur dann beschließen, wenn sich alle Möglichkeiten zu einer anderen Regelung haben, denn selbst wenn der Kampf glücklicherweise ausbleibt, so ist doch ein großer Opfer der Arbeiter und ihrer Familienangehörigen zu leisten.

## Unsere Arbeit

Der Bezirksausschuss der Sozial. Arbeiterjugend befaßte sich in seiner Sitzung am 30. September mit der Winterarbeit in den Kreis- und Ortsvereinen. Die Sozialistische Arbeiterjugend in allen Vereinen bietet sich den Ortsvereinen der Partei zur Unterstützung an der von 21-29. Oktober stattfindenden Winterbewegung und möchte an der am 21. Oktober stattfindenden Feier anlässlich der 50jährigen Wiederkehr der Verkündung des Sozialistengesetzes in nach Kräften mit Gesang, Sprechchor oder Rezitation teilnehmen.

Besondere Beachtung verdient der 10. Jahrestag der Revolution. Die Partei bereitet hierzu festliche Feiern vor, wobei die Parteimitglieder und die Jugend ihre Mitarbeit an den Feiern und der Vorbereitung der Feiern zu leisten haben. In manchen Orten ist es durchaus möglich, daß Partei und Jugend gemeinsam Feiern durchführen. Dies ist ganz besonders zu empfehlen, wenn keine Gedenkfeiern geplant sind und von der S.A.J. nur eine kleine Gruppe teilnehmen kann.

Eine wichtige Frage ist die Gewinnung der an Eltern die Kinder der Arbeiter zu gewinnen. Mit der eigenartigen Situation, die wir nach diesem Jahr beginnen, ein gutes Verhältnis zwischen Partei und Jugend ist durch unsere Mitarbeit an den Feiern und der Vorbereitung der Feiern zu leisten haben. In manchen Orten ist es durchaus möglich, daß Partei und Jugend gemeinsam Feiern durchführen. Dies ist ganz besonders zu empfehlen, wenn keine Gedenkfeiern geplant sind und von der S.A.J. nur eine kleine Gruppe teilnehmen kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Gewinnung der an Eltern die Kinder der Arbeiter zu gewinnen. Mit der eigenartigen Situation, die wir nach diesem Jahr beginnen, ein gutes Verhältnis zwischen Partei und Jugend ist durch unsere Mitarbeit an den Feiern und der Vorbereitung der Feiern zu leisten haben. In manchen Orten ist es durchaus möglich, daß Partei und Jugend gemeinsam Feiern durchführen. Dies ist ganz besonders zu empfehlen, wenn keine Gedenkfeiern geplant sind und von der S.A.J. nur eine kleine Gruppe teilnehmen kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Gewinnung der an Eltern die Kinder der Arbeiter zu gewinnen. Mit der eigenartigen Situation, die wir nach diesem Jahr beginnen, ein gutes Verhältnis zwischen Partei und Jugend ist durch unsere Mitarbeit an den Feiern und der Vorbereitung der Feiern zu leisten haben. In manchen Orten ist es durchaus möglich, daß Partei und Jugend gemeinsam Feiern durchführen. Dies ist ganz besonders zu empfehlen, wenn keine Gedenkfeiern geplant sind und von der S.A.J. nur eine kleine Gruppe teilnehmen kann.

## Vor dem Sozialistengesetz

Von Paul Kampffmeyer.

In dem wirklichen Verständnis des Sozialistengesetzes bringt man nur dann ein, wenn man sich einen klaren Begriff von dem Wesen der Sozialdemokratie und von dem Charakter des preussischen Obrigkeitsstaates bildet. Ferdinand Lassalle hatte im Jahre 1863 die Sozialdemokratie als eine revolutionäre Partei im Leben gesehen. Diese letzte sich den Zweck, die kapitalistische Wirtschaft durch die sozialistisch-gesellschaftliche zu ersetzen, und zwar durch das revolutionäre Mittel der politischen Machteroberung durch die Arbeiterklasse. Der Arbeiterstaat sollte den bürgerlichen Klassenstaat ablösen und die Produktionsmittel in den gesellschaftlichen Besitz überführen. Das sozialistische Ziel konnte nur durch die Überwindung des bestehenden Staates erreicht werden. Dieser Staat hatte aber in Preußen-Deutschland ein ausgeprochen obrigkeitliches Gepräge. Der „König“ des Reiches stand in dem ausschlaggebenden Bundesrat Preußen noch im Reimsitz, er war noch ganz von dem Untertan überhäuft. Das Preussische Abgeordnetenhaus war als gesetzgebende Macht nur ein Faktum neben anderen, die Armee und der ganze Beamtenapparat war königlich. Das Abgeordnetenhaus selbst ruhte auf der Grundlage des Dreiklassenwahlrechts. Der Adel behielt in der Verwaltung sein rechtliches, wohl aber noch ein tatsächliches Vortrecht. Justiz und Verwaltung waren durch das Schermentum der auf ihnen lastenden Krone stark politisiert. Selbst die entchiedenen bürgerlich-liberalen waren als hohe Regierungsbeamte unmöglich.

Bismarck erkannte nun, daß die politischen und ökonomischen Grundforderungen der Sozialdemokratie hart mit den eigenartigen Existenzbedingungen des preussischen Obrigkeitsstaates zusammenstießen. Diesen Staat selbst sah er als einen festen, nicht umwandlungsfähigen Kristall an. Sein sonst so weittragender Blick erlaubte nicht den ungeheuren revolutionären Prozeß, in dem sich die tragenden Mächte des Staates: die Wirtschaft und die Gesellschaft befanden. Die an sich sehr klaren ökonomischen und politischen Forderungen der Sozialdemokratie hatten ihm den falschen Eindruck eingebläht, dieser Staat könnte sich gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mächten behaupten und eine aufsteigende soziale Klasse mit Hilfe der Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz niederhalten. Er schickte zuerst die Verwaltung und Justiz gegen die in der Form der Sozialdemokratie aufmarschierende soziale Klasse: gegen die Arbeiterklasse vor. Das Reichsfiskusministerium im Bund mit dem preussischen Innenministerium drückte auf die sächsischen Justiz und Justiz des Hohenzollern-Prozesses gegen Bebel, Liebknecht und Heppner durch. Am 17. Dezember 1870 werden diese drei Führer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, die leitenden Männer des „Volksstaats“ verhaftet. In der Person ihrer Führer wird gleichsam schon dieser Partei der Sozialdemokratie ein Ende gemacht.

Der Streik selbst wird in seiner ganzen Richtung und Form durch den Ausbruch der sozialen Revolution der Pariser Kommune mitbestimmt. Bebel erklärt im Reichstag, der Kommune aufzubau sei nur ein kleines Vorbild, in dem großen Emancipationskampf der Arbeiterklasse. Krieg, den Völkern, Frieden den Hütten, Tod der Roten und dem Mühsinn werde bald der Schlagtrupp des proletarischen sein.

Die blutige Tragödie der Kommune leitete einen allgemeinen Aufbruch Frankreichs, Spaniens, Deutschlands, Österreichs, Italiens gegen die Internationalen ein, der man schließlich derweil die Arbeiterklasse an diesem im wesentlichen blauenquäsenden Aufstand zuschrieb. Die damalige europäische Aktion, die auf ein Verbot der Presse und Vereinstätigkeit der sozialistischen Internationalen lossetzte, wird vor allem von Jules Favre vorwärtsgetrieben. Bismarck selbst sieht nun in seinem Kampfe gegen den internationalen Sozialismus weniger an Frankreich als an Deutschland an. Er vereinbart in Gastein mit Österreich eine Konferenz, die sogenannte österreichisch-preussische Arbeiterkonferenz, in der er seinen Hauptzweck nicht so gegen die internationalen, sondern gerade gegen die deutsche Sozialdemokratie führen will. Am 7. November 1872 tritt diese Konferenz in Berlin zusammen. Bismarck läßt auf dieser preußischen und vereinsgesetzliche Bestimmungen vorschlagen, die die sozialdemokratischen und katholisch-sozialen Mütter und Vereine vollständig verbieten sollen. Bismarck legt dann im Frühjahr 1873 ein Pressegesetz dem Bundesrat vor, das sich gerade als ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie darstellte. Eine scharfe sozialistische Kritik der Familie, des Eigentums, der staatlichen Ordnung sollte durch die Verlesung der Pressegesetzgebung unmöglich gemacht werden. Der deutsche Kaiser Wilhelm I. nahm selbst wesentlichen Anteil an den Beratungen, die Sozialdemokratie durch ein reaktionäres Presse- und Vereinsgesetz unmöglich zu machen. Am 28. Januar 1876 vertrat der preussische Innenminister Graf zu Eulenburg im Reichstag eine Verschärfung

des § 130 des Strafgesetzbuches, die ebenfalls den Geist eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie atmete. Der verschärfte § 130 lautete nämlich: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verächtliche Kränkel der Bevölkerung gegen einander aufreizt, oder wer in gleicher Weise die Anstalten der Ehe, der Familie oder des Eigentums durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängnis bestraft.“ Der neue Paragraph, so behauptete Eulenburg, der preussische Innenminister, erziehe sich als notwendig, sollte es nicht dazu kommen, daß die Kränkel schießlich und der Säbel haut.“ Diesen Angriff der Reichsregierung auf die staatsbürgerliche Freiheit der Kritik schlug der Deutsche Reichstag mit überwältigender Mehrheit ab.

Die preussische Regierung besann sich nun auf ihre polizeilichen Machtmittel zur Niederhaltung der Sozialdemokratie. Das reaktionäre Vereinsgesetz wurde in ganz einseitig-parteilicher Form angewendet, um die lokalen Mittelbedürfnisse des von Lassalle gegründeten Arbeitervereins aufzulösen. Den Regierungspräsidenten schickte ministerielle Zirkulare die strengste Anwendung der Gesetze ein. Vereinsämter gegen sozialdemokratische Parteiorganisationen und Reichstagsmitglieder wurden von dem Justizminister Preußens verhaftet und ermunterten die Staatsanwälte und Richter zu den gewalttätigsten Auslegungen der bestehenden Gesetze. Und so wurden denn Verwaltung und Justiz in geradezu empörender Weise politisiert. Der Kampf der Regierung und Gerichte gegen die Sozialdemokratie entwickelte sich zu einem politischen Machtkampf.

Diese Partei wuchs mit der mächtig aufstrebenden Kapitalwirtschaft und der Klassenzerklüftung der Gründerjahre rief in die Breite und Tiefe. Die Ausplünderung ganzer Volksklassen durch die betrügerische Gründerwirtschaft kritisierte eindringlicher und wirksamer das kapitalistische Eigentum als irgendeine scharfe sozialdemokratische Druckschrift oder eine agitatorische Rede. Die Sozialdemokraten erhielten bei der Reichstagswahl 1874 351 670 Stimmen, davon die Eisenacher (die Sozialdemokratische Partei Deutschlands) 171 851 und die Lassalleaner (der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein) 180 819 Stimmen. Die Geschicklichkeit der wirtschaftlichen und sozialen Struktur Deutschlands vermittelte den Arbeitern kräftige und einheitliche sozialkritische Anschauungen. Diese nahmen den beiden sozialdemokratischen Richtungen mehr und mehr den Sektenscharakter. Dazu kam, daß der Staat die gleichen Waffen gegen beide Parteien richtete. Der Staatsanwalt Eisenacher löste sowohl die Eisenacher wie die Lassalleaner Organisation auf. Beide Parteien sahen sich dem gleichen Feinde gegenüber, und der Kampf gegen den gemeinsamen Feind einte taktisch und theoretisch die Lassalleaner und Eisenacher. In Gotha gaben sie sich in den Maitagen 1875 eine einheitliche Organisation und ein einheitliches Programm.

Die Verschmelzung der sozialdemokratischen Parteien zu einer Klassenpartei verbannte den Verlogenheitsseifer des preussischen Obrigkeitsstaates gegen die Sozialdemokratie. Der Staatsanwalt Eisenacher geriet in die Organisation der Arbeiterpartei und erklärte jeder zentralistischen Organisation den Krieg. Trotz aller staatsanwaltschaftlichen Eingriffe in das Vereins- und Freileben der Sozialdemokratie schickte diese Partei mächtig empor. Sie vereinigte bei der Reichstagswahl 1877 493 447 Stimmen auf ihre Kandidaten.

Die wachsende, gesetzlich arbeitende sozialdemokratische Massenpartei heurubigte im hohen Maße die deutschen Bundesregierungen. Schon vor den Wahlen erhoben einflussreiche Regierungsbeamte, der preussische Handelsminister, der sächsische Kultusminister und der Oberpräsident von Schlesien ihre Stimmen für ein Sozialistengesetz, für ein polizeiliches Sondergesetz gegen die Sozialdemokratie. Die bloße Existenz der Sozialdemokratie wird von ihnen als unvereinbar mit der Idee und mit dem Zweck des Staates empfunden.

Am 11. Mai 1878 gibt Bismarck in Berlin Unter den Eichen eine solche Erklärung ab, die so unüberlegt abgelesen werden, daß sie eigentlich nicht den Eindruck eines ernsthaften Attentats auf Wilhelm I. machte. Am 2. Juni 1878 richtete Dr. Karl Kobling seine Schießlinie auf Wilhelm I. und vermundete ihn schwer. Die Stichbürgerrecht vor den sozialdemokratischen „Königsmördern“ benutzt Bismarck, um sich durch eine Auflösung des Reichstages eine gefällige Mehrheit zu schaffen. Die liberalen Fraktionen verloren bei den Wahlen etwa 40 Mandate auf Kosten der konfessionellen Parteien. Die Sozialdemokratie bildete über 50 000 Stimmen ein, sie erhielt 437 158 Stimmen. Die Nationalliberalen, früher Gegner des Sozialistengesetzes, fielen um, und so konnte dann Bismarck im Herbst 1878 sein schwebendes Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie durchsetzen, dessen Auswirkung schon mehrmals Erwähnung fand.

Vollendung des 20. Lebensjahres scheidet das Mitglied, sofern es nicht 3. eine Funktion bekleidet, aus.“ Der 20. Jahrestag hat nun die Pflicht, seine in der Sozialistischen Arbeiterjugend gesammelten Kräfte in den Dienst der Partei und der Gewerkschaft zu stellen. Neben ihm ein gesellter Nachwuchs sehr erforderlich. Die Genossen und Genossinnen werden nicht nur eine freundliche Aufnahme, sondern bei positiver Mitarbeit ein reiches Betätigungsfeld finden. Gerade während der Vorbereitung der Partei ist eine günstige Gelegenheit geboten, die Parteimitgliedschaft zu erwerben und sich der Sozialdemokratie einzureihen.

Neuere Schwierigkeit ist die Lösung der Verträge. Durch die Überführung der Älteren aus der S.A.J. zur Partei allein kam eine unangenehme Veränderung in diesem Punkte nicht erwartet werden. Einmal aber sehr fest. Die Funktion des Leiters erhöht durch die Tatsache, daß nur mit 14-17- und 17-20jährigen Jugendlichen zu müssen, eine wesentliche Erschwerung. Bei der Behandlung und Durchführung dieser Fragen entsteht den Kreisleitungen insofern eine Aufgabe, als sie für die Führungnahme der einzelnen Ortsvereine untereinander, sei es durch Kurse für Funktionäre und durch gemeinsame Vorbereiten einer Sozialfrage, die uns bei der Arbeit entstehen, werden dann zu der schon oft angezeigten Leiter-Korrespondenz führen und darin ihren Niederschlag haben.

Die Erfolge, die wir zu verzeichnen haben, und die Schwierigkeiten, die uns bei der Arbeit entstehen, werden dann zu der schon oft angezeigten Leiter-Korrespondenz führen und darin ihren Niederschlag haben.

## Verschiedenes

### Schwäbische erste schwimmende Jugendherberge

Stellt ein nach umfangreichen baulichen Veränderungen aus einer alten Kirche entstandenes Herbergsheim dar, das gegenwärtig seinen Platz in der Schwäbischen Schweiz bei Königstein hat. An den beiden Seiten des 55,5 Meter langen und 7,50 Meter breiten Schiffes befindet sich ein Eingang, in der Mitte der Längsraum. Zum Bug hin liegt der Mädchenstallraum mit 30 Betten, Führerkabine, Treppenhalle, Aborte, Waschküchen, Küche, Bekleidungsraum;

zum Heck der Burgenstallraum mit 40 Betten, Führerkabine, Aborte und Waschküchen. Alle Innenräume sind mit Holz verkleidet und farblich lackiert. In allen Räumen ist elektrisches Licht vorhanden, das durch einen eigenen Motor erzeugt wird. Das Wasserversorgungssystem wird mittels einer Handpumpe aus der Erde gezogen, Trinkwasser wird vom Land aus aufgeführt. Eine große Freifläche auf Deck bietet Raum zum Spielen. Die gesamte Einrichtung ist in hochmoderner zweifelhafte Form ausgeführt. Die schwimmende Jugendherberge ist in erster Linie den Wasserwanderern angedacht, gleichzeitig aber auch für Ferienfahrten bestimmt. Mit dieser neuartigen Einrichtung hat der Freizeitsport einen vielfachen Bedürfnis abgeholfen und der wandernden Jugend abermals ein vorzügliches Heim zur Verfügung gestellt, das sicherlich recht schnell viele Freunde bei sich haben wird.

## Wochenprogramm der S.A.J.

- Karlsruhe, Dienstag: Ältere Gruppe punkt 8 Uhr im Jugendheim, Vortrag über die „Reichsverfassung“. Diejenigen, welche im Besitze derselben sind, werden ersucht, sie mitzubringen. Mittwoch: Funktionärslehre im Waldheim. Nacht: Donnerstag: Groß Karlsruhe: Probe zur Festschule in der Turnhalle der Südschule. Die Mädel, die bisher den Proben fernblieben, werden ersucht, ebenfalls zu erscheinen. Pünktlich sein! Montagabend 8 Uhr, in der Festhalle Probe zur Revolutionssfeier. Treffpunkt 8 Uhr am Bierordibad. Keine Schmaranz, Bibliothekstunde jeweils Freitag von 8-9 Uhr im Waldheim.
- Durlach, Mittwoch: Körperübungen. Donnerstag: Arbeitsgemeinschaft. Montag: Schmauglerabend.
- Grüningen, Donnerstag, 18. Okt.: Politischer Abend (Sozialistengesetz). Sonntag, 21. Okt.: Beileitung an der SPD-Fest.
- Bruchsal, Donnerstag, 18. Okt.: Versammlung in der Städt. Festhalle Bruchsal. 1. Politischer Rückblick von Gen. Deder. 2. Arbeitsgemeinschaft. 3. Gesangsprobe. Vollständiges Erscheinen erbeten.
- Karlsruhe, Donnerstag, 18. Okt.: Sprechchor-Übung und Liebesabend. Montag, 22. Okt.: Körperübungen. Es wird gebeten, daß alle Genossen und Genossinnen punkt 8 Uhr erscheinen.
- Königsfelden, Donnerstag: Fragestundeabend. Freitag: Theaterprobe für die Herbstfeier. Räbers wird am Donnerstag bekannt gegeben. Sonntag: morgens pünktlich 9 Uhr Musikprobe. Montag: Gymnastik.